

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	6	
A.	Arbeitsvertragsrecht.....	19
1.	Die Begründung des Arbeitsverhältnisses.....	19
2.	Versetzung des Arbeitnehmers.....	23
2.1.	Individual-arbeitsrechtlicher Versetzungsgrundbegriff	23
2.2.	Weisungsrecht des Arbeitgebers und Versetzungsberechtigung	25
2.3.	Versetzung und Änderungskündigung (Grenzen der Versetzungsbefugnis)	35
2.3.1.	Begriff der Änderungskündigung	35
2.3.2.	Fristgerechte Änderungskündigung	39
2.3.3.	Fristlose Änderungskündigung	41
2.3.4.	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit: Vorrang der Änderungskündigung vor einer Beendigungskündigung	41
2.3.5.	Reaktionsmöglichkeiten des Arbeitnehmers bei einer Änderungskündigung	43
2.3.6.	Muster einer Änderungskündigung	45
2.3.7.	Überflüssige Änderungskündigung	46
3.	Sonderfall: Beschäftigungsverbot nach dem Mutterschutzgesetz.....	47
B.	Die Beteiligungsrechte des Betriebsrats nach dem Betriebsverfassungsgesetz (Übersicht)	50
1.	Einordnung der Mitwirkungsrechte des Betriebsrats in das System der Beteiligungsrechte im Betriebsverfassungsgesetz	51
2.	Die Beteiligungsrechte des Betriebsrats vor einer Einstellung bzw. Versetzung	54
2.1.	Die innerbetriebliche Stellenausschreibung (§ 93 BetrVG).....	56
2.1.1.	Die innerbetriebliche Stellenausschreibung bei Einsatz von Leiharbeitnehmern	58
2.2.	Auswahlrichtlinien (§ 95 Abs. 1 und 2 BetrVG).....	61
2.3.	Personalfragebogen (§ 94 Abs. 1 BetrVG)	64
2.4.	Allgemeine Beurteilungsgrundsätze (§ 94 Abs. 2 BetrVG).....	67
3.	Zweck der betriebsverfassungsrechtlichen Beteiligungsrechte des Betriebsrats	70
4.	Durchsetzung von Beteiligungsrechten des Betriebsrats	71
4.1.	Das arbeitsgerichtliche Beschlussverfahren zur Sicherung der Beteiligungsrechte des Betriebsrats	72
4.2.	Die Einigungsstelle zur innerbetrieblichen Durchsetzung von Mitbestimmungsrechten des Betriebsrats	73

Inhaltsverzeichnis

5.	Hinweise zur rechtlichen Lösung betrieblicher Konflikte	75
5.1.	Individual-arbeitsrechtliche Fragestellung	77
5.2.	Kollektive Fragestellung	77
C.	Die Beteiligung des Betriebsrats bei personellen Einzelmaßnahmen (§§ 99 – 101 BetrVG)	80
1.	Voraussetzungen der Geltung des § 99 BetrVG	80
1.1.	In der Regel Beschäftigte.....	80
1.2.	Wahlberechtigte Arbeitnehmer.....	81
1.3.	Wahlberechtigte ohne Arbeitsvertrag mit dem Unternehmer.....	81
1.4.	Mindesteinsatz bei Arbeitnehmern aus fremden Unternehmen.....	82
1.5.	Arbeitnehmer im Außendienst, Telearbeitnehmer	83
1.6.	Veränderungen während der Amtszeit des Betriebsrats	83
1.7.	Kleinbetriebe	84
2.	Die Gegenstände der Beteiligung des Betriebsrats	84
2.1.	Übersicht.....	84
2.2.	Begriff der Einstellung	85
2.2.1.	Einsatz von Leiharbeitnehmern.....	94
2.3.	Begriff der Versetzung (§ 95 Abs. 3 Satz 1 BetrVG.....	98
2.4.	Beispiele aus der Rechtsprechung zum Begriff der Versetzung	107
2.5.	Eingruppierung – Umgруппierung	114
2.5.1.	Eingruppierung.....	115
2.5.2.	Umgруппierung	121
2.6.	Verschwiegenheitspflicht des Betriebsrats	124
3.	Verfahrensabschnitt I: Einleitung des Beteiligungsverfahrens durch den Arbeitgeber (§ 99 Abs. 1 BetrVG)	125
3.1.	Zeitpunkt der Beteiligung	126
3.1.1.	Grundsätze.....	126
3.1.2.	Eilfälle	127
3.2.	Form der Beteiligung des Betriebsrats	128
3.3.	Umfang der Unterrichtungs- und Vorlagepflichten des Arbeitgebers....	129
3.3.1.	Übersicht	129
3.3.2.	Unterrichtung über konkrete Einstellungs- bzw. Versetzungsabsicht....	131
3.3.3.	Vorlage der Bewerbungsunterlagen.....	132
3.3.4.	Auskunft über die Person der Beteiligten.....	135
3.3.5.	Auskunft über die Auswirkungen der geplanten Einstellung/ Versetzung und den vorgesehenen Arbeitsplatz.....	138
3.3.6.	Vorlage von Unterlagen über die Auswirkungen der Einstellung/Versetzung	139

3.3.7.	Auskunft über die Eingruppierung.....	139
3.3.8.	Besonderheiten bei der Versetzung	140
3.3.9.	Vorstellungsgespräch.....	143
3.4.	Doppelte Beteiligung des Betriebsrats bei Versetzung mit Änderungskündigung (§§ 99, 102 BetrVG).....	143
3.4.1.	Problemstellung	143
3.4.2.	Zuständiges Gremium.....	146
3.4.3.	Änderungskündigung	148
3.5.	Sonderfälle	149
3.5.1.	Einstellung und Versetzung eines leitenden Angestellten (§ 105 BetrVG).....	149
3.5.1.1.	Übersicht.....	149
3.5.1.2.	Umfang der Informationspflicht.....	150
3.5.1.3.	Verletzung der Informationspflicht	153
3.5.2.	Einsatz von Arbeitnehmern auf Grund eines Werkvertrages.....	153
3.5.3.	Einstellung und Versetzung während des Arbeitskampfes	155
3.5.4.	Personelle Einzelmaßnahmen in Tendenzbetrieben.....	157
3.6.	Formularmuster für die Unterrichtung des Betriebsrats nach § 99 Abs. 1 BetrVG (Einstellung)	161
4.	Verfahrensabschnitt II: Zuständigkeit des Betriebsrats (§ 99 Abs. 2 und 3 BetrVG).....	163
4.1.	Zuständiges Gremium	164
4.1.1.	Grundsätze.....	164
4.1.2.	Die betriebsübergreifende Versetzung (innerhalb eines Unternehmens).....	168
4.1.3.	Die betriebsübergreifende Versetzung eines betriebsverfassungsrechtlichen Mandatsträgers (§ 103 Abs. 3 BetrVG).....	173
4.2.	Die Stellungnahme des Betriebsrats	174
4.3.	Form und Frist der Zustimmungsverweigerung bei Einstellung bzw. Versetzung.....	177
4.3.1.	Form	177
4.3.2.	Frist	179
4.3.3.	Hinweis auf Mängel durch den Betriebsrat	182
4.3.4.	Formular für die Stellungnahme des Betriebsrats nach § 99 BetrVG	186
4.3.5.	Beispiel einer Stellungnahme des Betriebsrats.....	188
4.4.	Die einzelnen Zustimmungsverweigerungsgründe nach § 99 Abs. 2 BetrVG.....	189
4.4.1.	Verstoß gegen Gesetze oder andere Normen (§ 99 Abs. 2 Nr. 1 BetrVG)	189
4.4.1.1.	Einstellung	189

Inhaltsverzeichnis

4.4.1.2.	Versetzung.....	202
4.4.1.3.	Ein- und Umgruppierung.....	205
4.4.2.	Verstoß gegen eine Auswahlrichtlinie nach § 95 BetrVG (§ 99 Abs. 2 Nr. 2 BetrVG).....	209
4.4.2.1.	Einstellung.....	209
4.4.2.2.	Versetzung.....	213
4.4.3.	Besorgnis der Kündigung oder Benachteiligung anderer Arbeitnehmer des Betriebes (§ 99 Abs. 2 Nr. 3 BetrVG)	213
4.4.3.1.	Einstellung.....	213
4.4.3.2.	Versetzung.....	224
4.4.4.	Die Besorgnis der Benachteiligung des betroffenen Arbeitnehmers (§ 99 Abs. 2 Nr. 4 BetrVG).....	226
4.4.4.1.	Einstellung.....	226
4.4.4.2.	Versetzung.....	228
4.4.5.	Unterlassene innerbetriebliche Stellenausschreibung nach § 93 BetrVG (§ 99 Abs. 2 Nr. 5 BetrVG).....	232
4.4.5.1.	Einstellung.....	232
4.4.5.2.	Versetzung.....	240
4.4.6.	Besorgnis der Störung des Betriebsfrieden (§ 99 Abs. 2 Nr. 6 BetrVG)	241
4.4.6.1.	Einstellung.....	241
4.4.6.2.	Versetzung.....	245
4.5.	Weitere Beispiele für Begründungen einer Zustimmungs- verweigerung.....	246
4.6.	Folgen von Mängeln bei der Beteiligung des Betriebs- rats im Rahmen des § 99 BetrVG.....	253
4.6.1.	Übersicht.....	253
4.6.2.	Mängel im Verfahrensabschnitt I (§ 99 Abs. 1 BetrVG)	254
4.6.3.	Hinweis für Verhalten bei vermeintlich unzureichender Unterrichtung des Betriebsrats	260
4.6.4.	Besonderheiten bei Fehlern im Zusammenhang mit einer Ein- oder Umgruppierung.....	262
4.6.4.1.	Meinungsverschiedenheiten über die Qualifizierung als AT-Angestellter	265
4.6.5.	Mängel im Verfahrensabschnitt II (§ 99 Abs. 2 und 3 BetrVG)	267
4.7.	Rechtliche Folgen der Zustimmungsverweigerung.....	269
4.7.1.	Übersicht.....	269
4.7.2.	Einstellung.....	271
4.7.3.	Versetzung.....	274
4.7.4.	Ein- und Umgruppierung.....	277

5.	Verfahrensabschnitt III: Die Ersetzung der Zustimmung durch das Arbeitsgericht (§ 99 Abs. 4 BetrVG)	278
6.	Die vorläufige Einstellung oder Versetzung (§ 100 BetrVG)	286
6.1.	Übersicht.....	286
6.2.	Beteiligung des Betriebsrats bei vorläufigen personellen Maßnahmen (§ 100 Abs. 2 BetrVG).....	289
6.3.	Die gerichtliche Entscheidung (§ 100 Abs. 3 BetrVG).....	295
7.	Gerichtliche Aufhebung einer Einstellung oder Versetzung (§ 101 BetrVG).....	299
7.1.	Übersicht.....	299
7.2.	Das arbeitsgerichtliche Verfahren zur Aufhebung der Einstellung bzw. Versetzung (§ 101 Satz 1 BetrVG)	300
7.3.	Zwangsgeldverfahren (§ 101 Satz 2 BetrVG)	304
8.	Darlegungs- und Beweislast im arbeitsgerichtlichen Beschlussverfahren.....	305
8.1.	Grundsätze des arbeitsgerichtlichen Beschlussverfahrens	305
8.2.	Antrag auf Ersetzung der Zustimmung (§ 99 Abs. 4 BetrVG).....	306
8.3.	Antrag auf Feststellung der Dringlichkeit der vorläufigen personellen Maßnahme (§ 100 Abs. 2 Satz 3 BetrVG).....	308
D.	Die betriebsverfassungsrechtliche Beteiligung des Betriebsrats vor Ausspruch einer Kündigung	309
1.	Verfahrensabschnitt I (§ 102 Abs. 1 BetrVG)	310
1.1.	Allgemeine Grundsätze	312
1.1.1.	Auswirkungen der fehlerhaften Anhörung des Betriebsrats auf die Wirksamkeit der Kündigung	314
1.1.2.	Zeitpunkt der Anhörung	316
1.1.2.1.	Abbruch des Anhörungsverfahrens.....	324
1.2.	Umfang der Unterrichtungspflichten des Arbeitgebers nach § 102 Abs. 1 Satz 2 BetrVG.....	326
1.2.1.	Kündigungsabsicht	329
1.2.2.	Person des Arbeitnehmers	330
1.2.3.	Art der Kündigung	335
1.2.3.1.	Anhörung zur außerordentlichen, hilfsweise ordentlichen Kündigung	338
1.2.4.	Kündigungstermin/Kündigungsfrist.....	339
1.2.4.1.	Anhörung zur außerordentlichen Kündigung eines „unkündbaren“ Arbeitnehmers	343
1.2.5.	Kündigungsgründe.....	346
1.2.5.1.	Allgemeine Grundsätze	346
1.2.5.2.	Unterlassene Mitteilung von dem Betriebsrat bekannten Gründen	351

Inhaltsverzeichnis

1.2.5.3.	Kündigung innerhalb der ersten sechs Monate (Probezeit) außerhalb des Geltungsbereichs des Kündigungsschutzgesetzes	353
1.2.5.4.	Nachschieben von Kündigungsgründen	362
1.2.5.5.	Fallenlassen mitgeteilter Kündigungsgründe	364
1.2.6.	Aufforderung zur Stellungnahme	364
1.2.7.	Formular zur Betriebsratsanhörung bei einer Kündigung	366
1.3.	Inhalt der Unterrichtung bei den verschiedenen Kündigungsgründen ...	367
1.3.1.	Außerordentliche Kündigung	368
1.3.2.	Personenbedingte Kündigung (z. B. wegen Krankheit)	375
1.3.2.1.	Arbeitsunfähigkeit auf nicht absehbare Dauer	380
1.3.2.2.	Dauerndes Unvermögen, die vertragliche Arbeitspflicht zu erfüllen.....	384
1.3.2.3.	Krankheitsbedingte Minderung der Leistungsfähigkeit.....	385
1.3.2.4.	Besorgnis weiterer häufiger Kurzerkrankungen	386
1.3.2.5.	Beispiel für die Unterrichtung des Betriebsrats bei häufigen Kurzerkrankungen	392
1.3.3.	Verhaltensbedingte Kündigung.....	395
1.3.3.1.	Abmahnung	398
1.3.3.2.	Beispiel für die Unterrichtung des Betriebsrats zur verhaltensbedingten Kündigung wegen ständigen Zuspätkommens	401
1.3.4.	Betriebsbedingte Kündigung	402
1.3.4.1.	Allgemeine Grundsätze.....	407
1.3.4.2.	Sozialauswahl	414
1.3.4.2.1.	In die soziale Auswahl einzubeziehende Arbeitnehmer	416
1.3.4.2.2.	Die Auswahlkriterien für die Sozialauswahl	423
1.3.4.2.2.1.	Die einzelnen Grunddaten	424
1.3.4.2.2.2.	Das Verhältnis der Sozialdaten zueinander	430
1.3.4.2.3.	Abweichen von der Auswahl nach sozialen Kriterien	431
1.3.4.2.3.1.	Herausnahme von „Leistungsträgern“	432
1.3.4.2.3.2.	Beibehaltung der Personalstruktur	438
1.3.4.2.3.3.	Auswahlrichtlinien	441
1.3.4.2.3.4.	Interessenausgleich und Namensliste	447
1.3.4.2.4.	Beweislast für die richtige soziale Auswahl.....	460
1.3.4.2.5.	Schaubild: Sozialauswahl bei betriebsbedingter Kündigung (§ 1 Abs. 3 – 5 KSchG)	462
1.3.4.3.	Unterrichtung des Betriebsrats vor betriebsbedingter Beendigungskündigung	463
1.3.4.3.1.	Beispiel: Betriebsbedingte Kündigung wegen Auftragsrückgangs	467
1.3.5.	Änderungskündigung.....	468
1.4.	Eilfälle	474

1.5.	Prozessuale Fragen: Darlegungs- und Beweislast im Prozess zur ordnungsgemäßen Anhörung des Betriebsrats	475
1.5.1.	Muster eines gerichtlichen Auflagenbeschlusses zur Betriebsratsanhörung	480
2.	Verfahrensabschnitt II: Zuständigkeitsbereich des Betriebsrats	481
2.1.	Zuständiges Gremium	483
2.1.1.	Betriebsrat	484
2.1.2.	Einköpfiger Betriebsrat	486
2.1.3.	Betriebsausschuss (§ 27 BetrVG)	486
2.1.4.	Personalausschuss (§ 28 BetrVG)	487
2.1.5.	Betriebsrat im Urlaub	488
2.1.6.	Während des Arbeitskampfes	490
2.2.	Die Stellungnahme des Betriebsrats	490
2.2.1.	Allgemeine Grundsätze	490
2.2.2.	Fristen für die Stellungnahme des Betriebsrats	493
2.2.2.1.	Außerordentliche Kündigung	493
2.2.2.2.	Ordentliche Kündigung	495
2.2.2.3.	Außerordentliche, hilfsweise ordentliche Kündigung	498
2.2.3.	Stellungnahme zur außerordentlichen Kündigung	500
2.2.3.1.	Zustimmung	502
2.2.3.2.	Schweigen	502
2.2.3.3.	Bedenken	503
2.2.3.4.	Ausdrückliches Absehen von Stellungnahme	504
2.2.4.	Stellungnahme zur ordentlichen Kündigung	506
2.2.4.1.	Zustimmung	506
2.2.4.2.	Schweigen	507
2.2.4.3.	Bedenken	508
2.2.4.4.	Widerspruch	509
2.2.5.	Form des Widerspruchs gegen eine fristgerechte Kündigung	511
2.2.6.	Die einzelnen Widerspruchsgründe nach § 102 Abs. 3 BetrVG	512
2.2.6.1.	Verstoß gegen soziale Gesichtspunkte bei der Auswahl	513
2.2.6.2.	Verstoß gegen eine Auswahlrichtlinie	515
2.2.6.3.	Versetzungsmöglichkeit	518
2.2.6.4.	Weiterbeschäftigung nach Umschulungs- oder Fortbildungmaßnahmen	524
2.2.6.5.	Weiterbeschäftigung bei veränderten Vertragsbedingungen	527
2.2.7.	Stellungnahme des Betriebsrats zu einer Änderungskündigung	529
2.2.7.1.	Außerordentliche Änderungskündigung	529

Inhaltsverzeichnis

2.2.7.2.	Ordentliche Änderungskündigung.....	531
2.3.	Anhörung des betroffenen Arbeitnehmers durch den Betriebsrat	532
2.4.	Schweigepflicht des Betriebsrats.....	534
2.5.	Musterformular für eine Stellungnahme des Betriebs- rats zur Kündigung	535
2.6.	Beispiele für Widerspruchsgründe nach § 102 Abs. 3 BetrVG	548
2.6.1.	Personenbedingte Kündigung wegen häufiger krankheits- bedingter Fehlzeiten.....	548
2.6.2.	Verhaltensbedingte Kündigung wegen ständigen Zuspätkommens.....	550
2.6.3.	Betriebsbedingte Kündigung wegen Auftragsrückgangs	550
2.7.	Beispiel für die Stellungnahme (Widerspruch) zu einer Änderungskündigung	553
2.8.	Beispiel für die Stellungnahme (Bedenken) zu einer außerordent- lichen, hilfsweise einer ordentlichen Kündigung (Widerspruch).....	554
3.	Folgen von Mängeln im Anhörungsverfahren.....	555
3.1.	Übersicht	555
3.2.	Mängel im Verfahrensabschnitt I	556
3.3.	Mängel im Verfahrensabschnitt II	557
4.	Der Weiterbeschäftigungsanspruch.....	559
4.1.	Übersicht.....	559
4.1.1.	Weiterbeschäftigungsanspruch nach § 102 Abs. 5 BetrVG.....	559
4.1.2.	Weiterbeschäftigungsanspruch nach offensichtlich unwirksamer Kündigung auch ohne Widerspruch des Betriebsrats	559
4.1.3.	Weiterbeschäftigung nach gerichtlicher Feststellung der Unwirksamkeit der Kündigung	560
4.2.	Voraussetzungen des Weiterbeschäftigungsanspruchs nach § 102 Abs. 5 BetrVG.....	562
4.2.1.	Weiterbeschäftigungsanspruch nur nach ordentlicher (fristgerechter) Kündigung	562
4.2.2.	Weiterbeschäftigungsanspruch nur nach frist- und ordnungsgemäßem Widerspruch des Betriebsrats	564
4.2.3.	Weiterbeschäftigungsanspruch nur nach Erhebung einer Kündigungsschutzklage	569
4.2.4.	Weiterbeschäftigungsanspruch nur bei entsprechendem Verlangen des Arbeitnehmers	570
4.2.5.	Weiterbeschäftigung zu unveränderten Arbeitsbedingungen	570
4.2.6.	Gerichtliche Durchsetzung des Anspruchs auf Weiterbeschäftigung	572
4.2.7.	Weiterbeschäftigungsanspruch und Folgekündigung.....	573
4.3.	Befreiung von der Weiterbeschäftigungspflicht (§ 102 Abs. 5 Satz 2 BetrVG).....	575
4.3.1.	Fehlende Erfolgsaussicht der Kündigungsschutzklage	576

4.3.2.	Unzumutbare wirtschaftliche Belastung des Arbeitgebers	579
4.3.3.	Offensichtliche Unbegründetheit des Widerspruchs	582
4.3.4.	Unmöglichkeit der Weiterbeschäftigung	584
4.4.	Der Weiterbeschäftigtesanspruch nach § 102 Abs. 5 BetrVG im Prozess.....	585
4.4.1.	Antrag des Arbeitgebers auf Entbindung von der Weiterbeschäftigungspflicht.....	586
4.4.2.	Antrag des Arbeitnehmers auf Weiterbeschäftigung	589
5.	Der allgemeine Weiterbeschäftigteanspruch außerhalb des BetrVG	590
5.1.	Grundsätze der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts	590
5.2.	Übersicht: der vorläufige Weiterbeschäftigteanspruch des gekündigten Arbeitnehmers	592
6.	Erweiterung der Mitbestimmungsrechte durch Betriebsvereinbarung (§ 102 Abs. 6 BetrVG)	593
7.	Besonderheiten bei der Kündigung von Mitgliedern der Betriebsverfassungsorgane (§ 15 KSchG, § 103 BetrVG)	596
7.1.	Allgemeines	596
7.2.	Beginn und Ende des besonderen Kündigungsschutzes	602
7.2.1.	Wahlvorstandsmitglied	602
7.2.2.	Wahlbewerber	603
7.2.3.	Betriebsratsmitglieder	607
7.2.4.	Ersatzmitglieder.....	608
7.3.	Das Zustimmungsverfahren (§ 103 Abs. 1 BetrVG)	612
7.3.1.	Gründe für eine außerordentliche Kündigung	613
7.3.2.	Ausschlussfrist des § 626 Abs. 2 BGB	618
7.4.	Die gerichtliche Ersetzung der verweigerten Zustimmung (§ 103 Abs. 2 BetrVG).....	620
7.5.	Kündigungsschutzklage trotz Zustimmung zur Kündigung nach § 103 BetrVG	629
7.6.	Wahrnehmung der betriebsverfassungsrechtlichen Funktionen im Zusammenhang mit einer Kündigung	632
7.6.1.	Beschäftigungspflicht während des Zustimmungsverfahrens	633
7.6.2.	Wahrnehmung der betriebsverfassungsrechtlichen Funktionen während des Zustimmungsverfahrens	634
7.6.3.	Beschäftigungspflicht nach Zugang der Kündigung.....	634
7.6.4.	Wahrnehmung der betriebsverfassungsrechtlichen Funktionen nach Ausspruch der Kündigung	635
7.7.	Nachwirkender Kündigungsschutz	636
7.7.1.	Betriebsratsmitglieder	637

Inhaltsverzeichnis

7.7.2.	Wahlvorstandsmitglieder, Wahlbewerber	639
7.7.3.	Ersatzmitglieder.....	640
7.8.	Versetzung in anderen Betrieb; Änderungskündigung.....	641
7.8.1.	Versetzung in einen anderen Betrieb (§ 103 Abs. 3 BetrVG).....	641
7.8.2.	Änderungskündigung	642
7.9.	Betriebs- und Abteilungsstilllegung	644
7.9.1.	Betriebsstilllegung.....	644
7.9.2.	Stilllegung einer Betriebsabteilung.....	648
7.10.	Übersicht: Der besondere Kündigungsschutz von Mitgliedern der Betriebsverfassungsorgane	653
8.	Kündigung auf Verlangen des Betriebsrats (§ 104 BetrVG).....	654
9.	Die Beteiligung des Betriebsrats nach § 3 KSchG	657
E.	Betriebsrat und Aufhebungsvertrag	658
F.	Betriebsrat und Betriebsänderung (Personalreduzierung).....	663
1.	Voraussetzungen einer Betriebsänderung.....	663
1.1.	Größe des Unternehmens	663
1.2.	Wesentliche Nachteile für die Arbeitnehmer	664
1.3.	Erheblicher Teil der Belegschaft.....	665
2.	Aus dem Katalog der Tatbestände einer Betriebsänderung i.S.d. § 111 Satz 3 Nrn. 1 – 5 BetrVG	667
2.1.	Einschränkung des Betriebes	667
2.2.	Personalreduzierung als Betriebsänderung	668
2.3.	Personalreduzierung als Betriebsänderung ohne Sozialplanpflicht (§ 112a BetrVG).....	670
2.4.	Inhalt des Beteiligungsrechts des Betriebsrats (§§ 111 – 113 BetrVG)	671
2.5.	Schaubilder zu wirtschaftlichen Angelegenheiten	676
G.	Betriebsrat und anzeigenpflichtige Entlassungen (Massenentlassung).....	678
1.	Auskunfts- und Beratungspflichten.....	681
2.	Anzeige an die Agentur für Arbeit (AfA).....	683
3.	Rechtliche Schritte vor Massenentlassung (Überblick).....	685
	Literaturverzeichnis	688
	Stichwortverzeichnis	689